

Drei Tage in Thüringen: Nach dem Putsch verändert sich Deutschland dramatisch

Haben Sie schon Ihren Sommerurlaub für 2020 gebucht? Viele Bürger in unserem Land beschäftigen sich mit solchen Themen, mit Fußball-Bundesliga oder Gedanken an die Anschaffung neuer Gartenmöbel, wenn es spätestens nach Ostern – Klimaerwärmung sei Dank – Frühling wird.

Was in den vergangenen drei Tagen in Deutschland passiert ist, ist zutiefst beunruhigend, ja beängstigend. Hätte mir vor einem halben Jahr jemand gesagt – manche haben das tatsächlich – wir leben in einer DDR 2.0, dann hätte und habe ich entschieden widersprochen. Hier wird keiner in den Rücken geschossen, der sein Land verlassen will. Hier werden Eltern nicht die Kinder entzogen, wenn sie "Staatsfeinde" sind. Und Bananen und Erdbeeren gibt es in jedem Supermarkt in Hülle und Fülle. Nein, auf den ersten Blick, verbietet sich jeder Vergleich mit dem SED-Staat, doch schon beim Erwähnen der SED sind wir mitten im Thema.

Ich stamme aus Westdeutschland, ein glücklicher Zufall. Mein Leben war in den vergangenen Jahrzehnten ungleich leichter als das meiner gleichaltrigen Landsleute im Osten Deutschlands. Aber nach allem, was man heute – 30 Jahre danach – weiß und auch vorher schon wusste, war die DDR alles andere als eine freie und tolerante Gesellschaft, in der Toleranz und Rechtsstaatlichkeit herrschten. Deshalb gingen die Menschen, oft begleitet von Angst vor der Staatsmacht, zu Hunderttausenden auf die Straße.

Wie ist es möglich, dass in einer freien und geheimen Wahl die Menschen im wunderbaren Freistaat Thüringen heute die SED-Nachfolgepartei zur stärksten politischen Kraft wählen? Wie ist es möglich, dass eine Frau Kramp-Karrenbauer gestern Nacht in der Sitzung der CDU-Landtagsfraktion in Erfurt darauf beharrt, den abgewählten Kommunismus-Nachlassverwalter Ramelow wieder ins Amt zurückzubringen, obwohl es andere Mehrheiten gibt? Helmut Kohl – Gott hab' ihn selig – wird in seinem Grab rotieren angesichts der schrecklichen Schauspiels in Thüringen? Und wo wir gerade dabei sind: Wie um alles in der Welt war es möglich, dass die Sozialistin Angela Merkel CDU-Vorsitzende und Kanzlerin unseres großartigen Landes geworden ist? Und warum hat sie niemand aufgehalten in der einst großen Volkspartei der Mitte?

Fassen wir die aktuellen Ereignisse zusammen: Eine abgewirtschaftete rot-rot-grüne Koalition verliert ihre Mehrheit im Parlament durch den Wählerwillen. Obwohl abgewählt, teilen sich die Genossen mit den Ökos die schönen gut dotierten Posten auf und verabschieden einen Koalitionsvertrag. Wohlgermerkt für eine abgewählte Koalition, die keine Mehrheit mehr hat. Die bürgerliche CDU ist bereit, dieser grausligen linksgrünen Bagage wieder zur Macht zu verhelfen, doch der Widerstand wächst. Irgendwer weist daraufhin, dass es rechnerisch auch eine andere Mehrheit geben könnte. Nazi! Nazi! Mit Björn Höcke gibt's keine Zusammenarbeit. Aber eine Zusammenarbeit gab es anscheinend gar nicht und dennoch eine Mehrheit...

Nach zwei Wahlgängen, bei denen nur Kandidaten der Extremisten Links und Rechts antraten, wagt die kleine FDP den Sprung und stellt ihren Anführer Thomas Kemmerich als bürgerliches Angebot auf. Ein

guter Mann übrigens. Und plötzlich ist er Ministerpräsident. Doch jetzt kommt die Machtelite so richtig in Fahrt.

Gottkanzlerin Angela verkündet auf Staatsbesuch in Südafrika, man müsse das Ergebnis der Wahl „rückgängig machen“. Lesen Sie das noch ein zweites Mal! Das Ergebnis der Wahl rückgängig machen... Eine gute Freundin sagte mir vorhin am Telefon: „Mir braucht niemand mehr was von Putin erzählen, wenn man diese Frau als Autokratin hier duldet...“ Ich konnte nichts erwidern.

In einer intensiven Nachtsitzung war Annegret Kramp-Karrenbauer gestern vor Landtagsfraktion und Landesvorstand der thüringischen CDU dafür, den SEDler Bodo Ramelow (*wir sollten SED-Politiker grundsätzlich wieder als das bezeichnen, was sie sind!*) wieder zum Ministerpräsidenten zu wählen. Eine linksgrün gewendete CDU soll dazu beitragen, den Machterhalt der Stasi-Partei und der Klimahysteriker-Partei zu sichern. Es ist wohl noch eine dritte Partei im Bunde, deren Namen mir aber gerade nicht einfällt. Nicht so wichtig...

In einer freien und geheimen Wahl stimmt eine Mehrheit der von den Thüringern frei gewählten Abgeordneten für einen FDP (!)-Kandidaten und das ganze Land dreht durch. All die schönen Pöstchen, all das schöne Geld für linke Netzwerke und antifa, all die schönen Dienstwagen – für 24 Stunden war das alles weg. Doch sofort lief die Machtmaschine an: Spontandemos vor CDU- und FDP-Büros, Beleidigungen und Drohungen für den Ministerpräsidenten und seine Familie, die direkt unter Polizeischutz gestellt werden musste. Betroffene Mienen in Berlin, AKK beklagt, dass die CDU-Abgeordneten in Erfurt einfach frei entschieden (wie im Grundgesetz festgeschrieben) und nicht aufs Adenauer-Haus gehört hätten. FDP-Lindner teilt mit, der liberale Kandidat Kemmerich habe nur symbolisch kandidieren sollen aber bloß nicht gewinnen. Selten so etwas Lächerliches aus dem Mund eines Spitzernpolitikers gehört.

Der mediale und politische Druck auf den bemitleidenswerten Thomas Kemmerich wurde erdrückend. Noch morgens sah ich ihn im ARD-Morgenmagazin die nächsten Schritte als MP skizzieren, mittags kündigte er seinen Rücktritt an – keine 24 Stunden nach seiner überraschenden Wahl, die übrigens Begeisterung überall in Deutschland bei den Menschen hervorrief, die keinen SEDler an der Spitze eines deutschen Bundeslandes sehen wollen. In Venezuela oder Kuba kann Ramelow meinetwegen antreten.

Was folgt aus diesen drei Tagen? Was folgt aus dem Putsch, denn genau genommen ist es genau das, wenn man einen rechtmäßig gewählten Regierungschef mit massivem Druck und Drohungen aus dem Amt drängt? Als Erdogan den von ihm nicht gewollten aber frei gewählten Bürgermeister von Istanbul absetzen ließ, war der Begriff „Putsch“ durchaus geläufig hierzulande. Was ist eigentlich anders in Erfurt?

Nach diesen drei Tagen kann und darf es kein Weiter-so geben. Wenn die Bürgerlichen in Deutschland jetzt noch immer nicht bereit sind, energisch Widerstand zu leisten, dann ist diesem Land nicht mehr zu helfen.

Wie das geht, darüber sprechen einige von uns Publizisten seit gestern intensiv. Ideen gibt es reichlich,

aber alles ist nur möglich, wenn wir eine nie vorher dagewesene Mobilisierung der Bürgerlichen auf die Beine stellen können. Und ja, es braucht neben der Bereitschaft, vom Sofa aufzustehen, auch Geld, viel Geld, um die notwendigen Aktivitäten anlaufen zu lassen.

Wenn Sie bereit sind, auf die Straßen zu gehen, wenn Sie bereit sind, aktiv mitzumachen, unsere Netzwerke auszubauen und neue Medien und Bewegungen mit zu finanzieren, dann schreiben Sie mir bitte persönlich!

kelle@denken-erwuenscht.com

Flügelschlag über Niedersachsen

Von Björn Höcke hört man wenig in den vergangenen Monaten – außer natürlich im unmittelbaren Zusammenhang mit der Landtagswahl in Thüringen, seiner Heimatbasis. Da hat er mit der AfD einen starken Wahlerfolg eingefahren. Und danach der saft- und kraftlosen CDU ein vergiftetes Stück Kuchen angeboten. Er sei bereit, selbst aus der ersten Reihe zurückzutreten und die AfD werde einen Ministerpräsidenten Mike Mohring von der CDU unterstützen, um den Freistaat vom rot-rot-grünen Regierungselend zu befreien.

Kluger Schachzug, sich als den Retter des Abendlandes zu inszenieren, wohl wissend, dass Mohring und die CDU ein solches Angebot nie und nimmer annehmen kann und wird. Nach der Dresdner „Schuldkult“-Rede ist der Name Höcke Synonym für eine AfD, mit der niemand koalieren, je nicht einmal zusammenarbeiten will.

Und weil er weiß, das das so ist, wirkt er nicht mehr als Marktschreier auf dem Domplatz in Erfurt oder als „Schuldkult“-Apologet im Bierkeller, sondern als Strippenzieher im Hintergrund.

So auch am vergangenen Samstag, als ein „privates Treffen“ bei einem AfD-nahen Unternehmer in Niedersachsen stattfand. Handverlesene Gäste des Flügels fanden sich da ein zum „Widukind Treffen“. Zwei niedersächsische Landtagsabgeordnete der AfD nahmen ebenso teil wie zwei Bundestagsabgeordnete. Und ein Gast aus Nordrhein-Westfalen, der Warendorfer Landtagsabgeordnete Christian Blex, wie Höcke ein Lehrer, im Nebenjob „Flügel“-Freund. Als die erste Reisegruppe der AfD aufbrach, um die von Russland annektierte Krim zu besuchen, war Blex natürlich dabei.

Nach Informationen meines Blogs war Blex am Samstag derjenige, der die Teilnehmer einzustimmen versuchte, die gemäßigte Landesvorsitzende Dana Guth und ihren Vorstand abzuschließen. Sie sei zu liberal und müsse aus der Spitze der Landes-AfD verschwinden. Im Mai wird im Landesverband ein neuer Vorstand gewählt. Guth, eine fleißige und durch und durch bürgerliche Politikerin, hatte nach harten Kampf eine Mehrheit hinter sich versammelt. Der AfD-Bundesvorstand hatte ihren Vorgänger Armin-Paul

Hampel zuvor des Amtes enthoben, weil er „schwerwiegend gegen die Grundsätze beziehungsweise die Ordnung der Partei verstoßen“ habe. Im Zuge eines Ermittlungsverfahrens waren Hampels Haus und das niedersächsische AfD-Büro durchsucht worden. Das Verfahren wurde bald darauf eingestellt, und Hampel sprach von einem „Missbrauch der Justiz“ gegen die AfD.

Im April 2018 wurde Dana Guth mit 280 gegen 205 Stimmen (für Hampel) zur neuen Landesvorsitzenden gewählt. Es scheint, dass die Verlierer von damals jetzt einen neuen Anlauf zum Sturz der Realpolitikerin Guth nehmen wollen.

Dann geht doch bitte endlich!

Annegret Kramp-Karrenbauer hat festgestellt, dass ein „Ende des Zölibats“ die „katholische Kirche attraktiver machen könnte“. Da sind Zweifel angebracht, denn die katholische Weltkirche steht insgesamt deutlich besser da, als die von der Saarländerin geführte ehemalige Volkspartei. Wo das in der Kirche nicht so ist – hallo Kardinal Marx! – folgt sie genau solchen Leuten, die eine Anbiederung an die Gesellschaft und ihren Zeitgeist fordern. Ich meine, wenn „attraktiver machen“ jetzt der Maßstab ist, dann sollten in der Heiligen Messe Videos von Schalke gegen Dortmund gezeigt und Bier ausgeschenkt werden. Die Kirche Jesu existiert seit 2000 Jahren, weil sie genau das nicht macht, sich anpassen, um attraktiv zu werden. Beim Glauben geht es um Wahrheit und nicht um Populismus.

Mal ernsthaft: Warum kommen dauernd Leute daher und geben der Kirche Ratschläge, die nie im Leben auch nur auf die Idee kommen würden, selbst Priester oder Nonne zu werden? Ich meine, es gibt die evangelische Kirche, die sich ja vom Grundsatz her auch auf die gleiche Geschichte Jesu berufen. Da können Pfarrer heiraten und sich scheiden lassen und wieder heiraten. Wer's mag... wechselt doch einfach!

„Keiner will mehr heiraten, aber die Priester sollen jetzt müssen“, sagte mal ein Prälat bei einer Diskussion an der Uni Köln zu diesem Thema. Niemand muss katholisch sein. Niemand muss Priester oder Ordensfrau werden, Frau Kramp-Karrenbauer. Aber diejenigen, die sich freiwillig dafür entscheiden, diesen Weg einzuschlagen, die haben jedes Recht dazu. Oder sind wir keine Gesellschaft der Toleranz und Vielfalt? Oder gilt Vielfalt nicht, wenn man in der falschen Kirche ist.

Es gibt Dinge, die man kritisieren kann, natürlich auch in der katholischen Kirche. Aber mehr als die Frage ob Frauen Priester werden dürfen oder ob es den Zölibat geben sollte, nerven mich Leute, die gebetsmühlenartig immer mit dem gleichen Kram daherkommen.

Lokaljournalismus: Wie? Objektive Berichterstattung?

Pizzaessen mit ein paar CDU-Kommunalpolitikern aus Nordrhein-Westfalen. Wie sieht es aus mit der Nominierung? Wer schießt auf welchen Job? Wer hat welche Chancen? Alltag, normal. Dann kommt das Thema auf „die Medien“ und es wird richtig spannend. „Hier im Landkreis gibt es nicht eine Zeitung oder einen unabhängigen Blog, der uns auch nur halbwegs fair behandelt“, sagt einer aus der Runde. Alle erzählen auch von der vergangenen Wahl, wie sehr sich die Berichterstattung in Lokalblättern, bei Lokalradios und sogar den kostenlosen Werbeblättern ihnen gegenüber verändere, je näher man auf die Wahl zustrebe.

Da kämen Lokalreporter zu Veranstaltungen, schießen Fotos und gehen – aber es erscheine keine Zeile. Tut uns leid, zu wenig Platz... Würde etwas Wichtiges verkündet, käme das im letzten Absatz des Artikels mit einem Halbsatz vor. Stehe ein CDU-Kandidat mit auf einem Gruppenfoto, würde der Name genannt aber nicht, zu welcher Partei man gehöre. Und so weiter und so weiter. Ich bin sicher, dass AfDler hier müde abwinken. Bei denen ist solches Vorgehen vom ersten Tag an Alltag gewesen. Journalistische Unabhängigkeit, seriöse Berichterstattung...das wird immer seltener. Auch im engen Bereich, der Region, dem Landkreis, der Großstadt.

GASTSPIEL BORIS REITSCHUSTER: Rechts-freie Räume

2005 war ich mit dem Ex-Schachweltmeister und Putin-Kritiker Garry Kasparow auf Wahlkampf-Reise im Kaukasus. Während des gesamten Trips konnte das Schach-Genie kein einziges Mal in einem der vielen Säle auftreten, die seine Leute zuvor angemietet hatten. Meistens hieß es von den Vermietern diskret, sie seien unter Druck gesetzt worden und es sei zu gefährlich für sie, ihren Vertrag zu erfüllen. Kasparow und seine Leute standen auf der Straße. So etwas sei in einer echten Demokratie wie Deutschland nie denkbar, versicherte ich damals enttäuschten und empörten Mitarbeitern und verhinderten Zuhörern Kasparows.

Weil ich solche Szenen in meinen 16 Jahren als Korrespondent in Russland in einer Art Dauerschleife erlebt habe, weil ich mich immer darüber empörte und immer auf meine Heimat als Gegenbeispiel verwies, bin ich besonders sensibel, was solche Methoden im politischen Kampf angeht. Und so war ich

einigermaßen entsetzt, als ich gerade im Spiegel las, dass die AfD in Berlin seit September vergeblich versucht, einen Raum für einen Parteitag zu finden. Die Kollegen vom Spiegel schreiben darüber mit kaum verschleierter Häme.

In dem Bericht heißt es: „Der Fall illustriert ein Problem, das nicht nur auf Berlin beschränkt ist: Der AfD fällt es zunehmend schwer, Räumlichkeiten für ihre Veranstaltungen zu finden....Auf einer aktuellen Antifa-Seite im Internet, die sich der Aktion „Kein Raum der AfD“ verschrieben hat, wird der jüngste Vorgang so kommentiert: „Egal wo und wie die AfD versuchen wird ihren Landesparteitag abzuhalten, wir werden da sein.“

Ich halte es für einer Demokratie für völlig unwürdig, dass Gewalt Veranstaltungen von zugelassenen Parteien unmöglich macht. Wenn mit Gewalt unterlegte Forderungen nach „rechts-freien“ Räumen erfolgreich sind, wird unser Land zum rechtsfreien Raum. Es ist unerträglich, wenn die Gesellschaft und der Staat vor dieser Gewalt einknicken, ja, sich der Eindruck aufdrängt, sie stünden ihr zumindest in Teilen wohlwollend gegenüber. Ich vermisse den Aufschrei der Öffentlichkeit, der Demokraten. Demokratie besteht darin, auch dem politischen Gegner das Recht zu gewährleisten, öffentlich angstfrei seine Meinung auszusprechen – die einem nicht passt,

Stellen Sie sich die Situation einmal umgekehrt vor: Rechtsextreme, mit denen viele Politiker schmusen, würden mit massivem Druck und Gewalt bzw. Gewaltandrohung verhindern, dass die einzige im Bundestag vertretene Partei, die für eine blutige, viele Menschenleben auf dem Gewissen habende Diktatur steht – die mit der SED rechtsidentische „Linke“ – einen Saal für ihre Parteitage anmieten kann. Der Aufschrei wäre gewaltig. Ebenso, wenn prominenten Linke, wie Sarah Wagenknecht, die sich nie überzeugend von ihren Sympathien für den linken Massenmörder Stalin distanziert hat, Lokalverbot in Restaurants bekämen, wie dies für AfD-Politiker keine Seltenheit ist.

Im Falle der AfD weigert sich aber selbst der Berliner Senat, eine kommunale Räumlichkeit als Ersatz bereit zu stellen. Das zeigt: Der Minimalkonsens, der eine Demokratie ausmacht, ist in unserem Lande aufgekündigt. Die von den Rändern ebenso wie von oben geschürte Spaltung unserer Gesellschaft hat ein Ausmaß erreicht, das in seinen Konturen schon erschreckend an die Weimarer Republik erinnert.

Die Fronten sind dabei derart verhärtet und ideologisiert, dass viele nicht mehr zwischen Sympathien für die AfD und der Forderung, die Grundrechte auch für diese Partei gelten zu lassen, unterscheiden können. An die Stelle von sachlicher Abwägung treten zunehmend Pawlow'sche Reflexe.

Wer dafür eintritt, dass die Grundrechte auch für die AfD und ihre Mitglieder und Sympathisanten gelten, wird umgehend als Sympathisant hingestellt und dazu aufgefordert, den Gessler-Hut zu grüßen wie Wilhelm-Tell im Gründungsmythos der Schweiz. Diese Forderung ist undemokratisch und absurd. Insbesondere, wenn sie sich an Journalisten richtet – die zu JEDER Partei Distanz halten müssen, wenn sie ihr Berufsethos ernst nehmen.

Die AfD wird von vielen ihrer politischen Gegnern nicht als Partei mir ihnen fremden Positionen betrachtet, die es politisch zu bekämpfen gilt – sondern als Inkarnation des Bösen, als eine Art

Wiederkehr der Nationalsozialisten. Weil das – bei aller berechtigten Kritik an der Partei, und obwohl Teile von ihr auf sehr unschöne Weise damit kokettieren – absurd ist, wird die Stigmatisierung mittelfristig in sich zusammen brechen, wenn die nicht-radikalen Kräfte in der Partei die Oberhand gewinnen (genauso wie seinerseits bei den Grünen, die pauschal als Kommunisten diffamiert wurden). Mehr noch: Der infantile, schwarz-weiße Umgang mit der Partei treibt ihr neue Wähler und Sympathisanten regelrecht zu.

Wichtigster Erfolgs-Garant der AfD ist die Tabuisierung von Themen, die sehr, sehr viele Menschen bewegen, wie Migration, Ausländerkriminalität, Sicherheit und Europapolitik durch die anderen Parteien. Aus Angst vor sachlicher Diskussion sehen viele als einzigen Ausweg das Verteufeln (bis hin zum Entmenschlichen) derjenigen, die diese Tabu-Themen ansprechen. Das ist ein Indiz dafür, dass in weiten Teilen unserer Politik und Medien die totalitären Ungeister der Vergangenheit noch erschreckend lebendig sind und die vermeintlichen Bekenntnisse zur Demokratie fragwürdig – also genau das, was der AfD vorgeworfen wird.

Besonders dramatisch ist, dass diese schlimmen Erscheinungen, diese massive Spaltung unserer Gesellschaft von oben stimuliert und gefördert werden – wie gerade erst mit den klaren Schwarz-Weiß-Botschaften des sozialdemokratischen Bundespräsidenten am Holocaust-Gedanktag in Israel. Eine Instrumentalisierung der finstersten Momente unserer Vergangenheit um des eigenen Machterhalts wegen. Die Folgen für unsere Gesellschaft und unsere Demokratie werden verheerend sein.

Dieser [Beitrag](#) erschien am 25. Januar 2020 auf dem Portal www.reitschuster.de .

SPD 2020: Sarrazin raus, Edathy drin

Die SPD hat beschlossen, dass der frühere Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin aus der Partei ausgeschlossen wird, weil er unbestrittene Fakten über die Entwicklung des Islam in Deutschland sagt.

Fast zeitgleich beschloss die frühere Arbeiterpartei, dass ihr ehemaliger Abgeordneter und Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, Sebastian Edathy, Mitglied der SPD bleiben darf. Er hatte im November 2013 strafbares kinderpornografisches Material mittels seines Dienstlaptops über den Server des Deutschen Bundestages per Internet abgerufen. Bei einer Hausdurchsuchung wurden damals Hefte mit mutmaßlich kinderpornografischen Bildern und eine CD mit jugendpornografischen Videos von der Polizei sichergestellt.

Linker Terror gegen katholische Gemeinde in Schöneberg

Der linksextreme Terror gegen Andersdenkende kennt in Berlin keine Grenzen mehr. In der Nacht zum 9. Januar beschädigten Politikriminelle die katholische Kirche St. Elisabeth in Schöneberg. Sie beschmierten das Portal mit Schriftzügen, bewarfen die Fassade mit einer teerähnlichen Flüssigkeit und machten die Türschlösser mit Klebstoff unbrauchbar.

Auf der extremistischen Internetseite „Indymedia“ schrieben sie: „Kein Gott, kein Patriarchat, Kirche St. Elisabeth angegriffen!“ Die „Institution Kirche“ sei „mit dem Patriarchat verbunden und damit mit einer menschenverachtenden Ideologie.“

Als das Recht auf Leben ist für diese Hirnkranken „menschenverachtend“. Der Schaden beträgt Tausende Euro – die Kirchengemeinde braucht Unterstützung, um die Schäden zu beseitigen.

Dieser Planet hat noch lange nicht fertig: US-Präsident ruft zum Widerstand gegen „Untergangspropheten und ihre Vorhersagen“ auf

US-Präsident Donald Trump hat beim Wirtschaftsforum in Davos einen bemerkenswerten Auftritt hingelegt. In seiner Rede lieferte er das komplette Kontrastprogramm zu all den Pessimisten und Weltuntergangspropheten, zu all den auch materiellen und politischen Nutznießern der allgemeinen Klimahysterie.

Die Welt geht unter, der Planet ist nicht mehr zu retten, Sozialismus ist toll, Autos braucht man nicht, Wachstum auch nicht, Strom kommt aus der Steckdose, und wenn wir Geld brauchen, dann drucken wir es halt. Hä? Habt Ihr sie noch alle?

Man hat den Eindruck, diese Leute glauben, ja sie wollen unbedingt glauben, dass das alles wirklich so ist oder so kommen wird. Nichts wird so kommen! Der Planet wird nicht untergehen, Sozialismus ist immer noch scheiße, und Probleme löst man nicht mit Denkverboten oder Verboten überhaupt, sondern mit verstärkten und vor allem freien Denken und neuen Ideen.

Michael Braungart (61), Professor für Umwelttechnologie in Lüneburg, hat gerade den Hype um Fräulein

Thunberg als „Blödsinn“ und „Pipifax“ kritisiert. Und Braungart ist nicht irgendwer, er gehörte zu den Männern der ersten Stunde bei *Greenpeace*. Leuten, denen es um die Bewahrung der Umwelt – ich sage Schöpfung – geht, sind diese ganzen medialen Inszenierungen längst zuwider. Die bayerische Ausnahmekabarettistin Monika Gruber formulierte das jüngst unnachahmlich, als sie sagte: „Schwedische Mädchen hatten früher ein Haus, ein Pferd und einen Affen, aber keine 17 PR-Berater.“

Ja, das Klima hat sich verändert. So wie in Milliarden Jahren auf dieser Erde immer wieder. Ob ich ein Dieselauto fahre oder Deospray benutze ist total unbedeutend fürs Klima. Aber sie wollen mich und viele andere zwingen, unsere Lebensgewohnheiten zu ändern – für nichts. Im Dienste einer übergeordneten Wahrheit. Und sie wollen eine Schwachsinnsideologie wiederbeleben, die rund um den Erdball nur versagt hat. Oder können Sie auch nur ein einziges Beispiel nennen, wo Sozialismus die Lebensverhältniss der Menschen nachhaltig verbessert hat? Wir Deutschen im alten Westen – wollten wir die Einheit, damit wir endlich so gut leben können wie unsere Landsleute im Osten? Dieser Irrsinn ist nicht mehr auszuhalten, und man fragt sich, wann steht endlich einer oder eine auf und reißt dieser politischen Dauerverblödung die Maske vom Gesicht?

Donald Trump hat es in Davos getan. Kein Wunder, dass Grünen-Ikone Habeck Schnappatmung bekam und – wie lächerlich – Trump den Kampf ansagte. Die Kernaussage seiner Rede:

„Dies ist nicht die Zeit für Pessimismus. Dies ist eine Zeit des Optimismus. Angst und Zweifel sind kein guter Gedankengang – denn dies ist eine Zeit der großen Hoffnung und Freude und des Optimismus und des Handelns. Aber um die Möglichkeiten von morgen anzunehmen, müssen wir die immerwährenden Untergangspropheten und ihre Vorhersagen über die Apokalypse ablehnen. Sie sind die Erben der törichten Wahrsager von gestern, und ich habe sie, und Sie haben sie, und wir alle haben sie – und sie wollen, dass es uns schlecht geht. Aber das werden wir nicht zulassen. Sie sagten eine Überbevölkerungskrise in den 1960er Jahren, einen Massenhunger in den 70er Jahren und ein „Ende des Öls“ in den 1990er Jahren voraus. Diese Panikmacher fordern immer das Gleiche: Absolute Macht, jeden Aspekt unseres Lebens zu beherrschen, zu verändern und zu kontrollieren. Wir werden niemals zulassen, dass radikale Sozialisten unsere Wirtschaft zerstören, unser Land vernichten oder unsere Freiheit ausmerzen. „

Das sagt ein amerikanischer Präsident heute im Jahr 2020- Großartig! Einfach nur großartig! Es ist Zeit, die Dinge wieder ins Lot zu bringen...überall.

Der liebe Kollege Broder hat die Rede im Wortlaut auf seinem Blog veröffentlicht. Lesen Sie [hier](#)

HAT IHNEN DIESER BEITRAG GEFALLEN?

WOLLEN SIE DIESE UNABHÄNGIGE STIMME UNTERSTÜTZEN?

Bitte spenden Sie für freien, unabhängigen und seriösen Journalismus:

DE06 3305 0000 0000 3447 13

So wirbt man ganz gewiss nicht für mehr Toleranz

Der Christopher Street Day (CSD) wird weltweit in den urbanen Zentren von der Homosexuellen-Community und in Zeiten von *GenderGaga* auch von den Protagonisten der sogenannten queer-Szene zelebriert. Der englische Begriff „queer“ beschreibt dabei etwas, das von der Norm abweicht.

Die Geschichte des CSD geht auf ein Ereignis zurück, das sich im Juni 1969 in der Christopher Street im New Yorker Stadtteil Greenwich Village ereignete. Nach polizeilichen Razzien in Schwulenbars kam es zu tagelangen Straßenschlachten – ein Aufstand der Homosexuellen und anderen sexuellen Minderheiten gegen Polizeiwillkür.

In Deutschland konkurrieren die CSDs in Köln und Berlin heute darum, wer den meisten Zulauf hat. Hunderttausende sind es jedesmal sicher, eher ein buntes Happening, das an den früheren Love-Parades“ erinnert als an eine politische Manifestation.

2020 – im 30. Jahr der deutschen Einheit wagte das Vorbereitungskomitee in Köln etwas Unerhörtes. Das Motto sollte „Einigkeit und Recht und Freiheit“ heißen, also so wie der Titel der deutschen Nationalhymne. Das Lied der Deutschen, wie unsereins das nennt. Als die Entscheidung bekannt wurde, drehte die linke Szene komplett durch. Shitstorm, eine Flut an Protestbriefen und Boykottdrohungen ergoss sich über die Organisatoren, die erwartungsgemäß sofort einbrachen und das Motto in „Für Menschenrechte“ änderten. Würde mich nicht wundern, wenn demnächst noch irgendwas mit Klima und CO2 drangehängt würde.

Was sind das für Leute, die so ein gestörtes Verhältnis zu ihrem eigenen Land haben, das gerade dieser Community mehr Freiheit bietet als die weitaus meisten Länder dieser Welt? Man kann diese Schwachsinnentscheidung nur noch als erbärmliches Trauerspiel von Köln bezeichnen. Akzeptanz in der gesamten Bevölkerung bringen solche Aktionen sicher nicht.

HAT IHNEN DIESER BEITRAG GEFALLEN?

WOLLEN SIE DIESE UNABHÄNGIGE STIMME UNTERSTÜTZEN?

Bitte spenden Sie für freien, unabhängigen und meinungsstarken Journalismus:

DE06 3305 0000 0000 3447 13

Diese evangelische Amtskirche schafft sich ab

Es gibt Sachen, die kann man sich gar nicht ausdenken, aber sie passieren wirklich.

Die evangelische Versöhnungskirche in Oldenburg schafft den Gottesdienst am Sonntag ab. Gebet und Segen sind out, stattdessen will der Gemeinde-Kirchenrat künftig sonntags um 18 Uhr Diskussionen veranstalten mit Politikern und Gästen aus Gesellschaft und Kultur.

Kein Witz!

Den meisten meiner Leser hier wissen selbstverständlich, um was es beim Christsein geht, wie wichtig der Glaube auch heute für Millionen Menschen in Deutschland und für Milliarden auf der Welt als Ordnungsrahmen ist. Die Kirche lehrt - meistens jedenfalls - was richtig oder falsch ist, sie gibt Halt in Krisen des Lebens, sie pflegt liebgewonnene Traditionen, die zu unserem Alltag selbstverständlich dazu gehören.

Zugegeben, in einer Wohlstandsgesellschaft wie der deutschen meinen viele, den Glauben und die Kirche nicht mehr zu benötigen. Es gibt ja Rente und Krankenversicherung. Und dennoch weiß jeder, der glaubt, dass es in jedem Leben auch Trauer, Verzweiflung, Mutlosigkeit gibt, wo man sich plötzlich wieder erinnert, dass es da möglicherweise noch etwas anderes gibt... Auch solche, die längst ausgetreten sind aus der Amtskirche, weil sie sich über ihren Pastor geärgert haben oder einfach Kirchensteuer sparen wollen.

Die evangelische Amtskirche schafft sich mit solchen Aktionen endgültig ab - ganz anders als Freikirchler und Evangelikale, die das Feuer des Glaubens längst in die Zukunft tragen. Auch mit dem regelmäßigen Gottesdienst.